PORTRÄT

Hartnäckig

Hakki Keskin führt die Türkische Gemeinde Deutschland.

VON JÖRN BREIHOLZ (HAMBURG)

Als Hakki Keskin sich 1964 auf den Weg in die Bundesrepublik macht, um am Otto-Suhr-Institut in Berlin Politische Wissenschaften zu studieren, sind seine beiden Brüder schon fast wieder auf dem Weg zurück. Die Brüder gehörten zu den ersten Türken, die die Bundesrepublik ab 1961 als Arbeitsmigranten angeworben hat – jetzt wollen sie mit dem verdienten Geld in der Westtürkei eine Baufirma gründen.

So hatte es sich das Deutschland der Wirtschaftswunderjahre gedacht. Gekommen ist es, wie bei Hakki Keskin, ganz anders. Heute leben etwa 2,5 Millionen Türken in der Bundesrepublik. Aus den Gastarbeitern ist die größte Bevölkerungsgruppe neben den Deutschen geworden, und Hakki Keskin ist einer ihrer hartnäckigsten Streiter für die gesellschaftliche Integration und Partizipation. Er ist es, unter dessen Leitung 1981 eine 30-köpfige Arbeitsgruppe für den damaligen Berliner Innensenator Peter Ulrich (SPD) das erste umfassende Integrationskonzept mit Forderungen wie doppelter Staatsbürgerschaft und islamischem Religionsunterricht entwirft, Letzteres, so Keskin, „um den Radikalen in den Moscheen die Grundlage zu entziehen".

Keskin ist es, der 1985 in Hamburg den ersten Landesverband der Türkischen Gemeinde Deutschland (TGD) und zehn Jahre später den TGD-Bundesverband gründet, die wichtigste politische Institution der Deutsch-Türken – ein Begriff, den der heute 60-Jährige selbst geprägt hat, „weil ich das Wort Ausländer diskriminierend finde". Und er ist 1993, nachdem er im Jahr 1982 seine Professur für Politik und Migrationspolitik an der Hamburger Hochschule für Angewandte Wissenschaften angetreten hat, der erste türkischstämmige Landespolitiker der Bundesrepublik: Er sitzt bis 1997 für die SPD in der Hamburger Bürgerschaft, tritt aber aus dem Stadtparlament aus – frustriert, nicht mehr für die Integration erreicht zu haben.

Natürlich ist einer wie er, der 1974 wegen Willy Brandt Sozialdemokrat geworden ist und sich selbst als demokratischen Sozialisten und 68er bezeichnet, in den vergangenen Jahren nicht müde geworden, für die EU-Aufnahme seines Geburtslandes zu streiten. Es sei ungerecht, von der Türkei mehr zu verlangen als beispielsweise von Lettland, Rumänien oder Bulgarien. „Warum sind die mehr Europäer als wir Türken, die mit 3,5 Millionen Menschen in der EU mehr Menschen stellen als die kleinen europäischen Länder Einwohner haben?"

Für Keskin, dem es erst nach fünf Jahren mit Hilfe eines Rechtsanwalts gelungen ist, die doppelte Staatsbürgerschaft zu bekommen, ist „die Mehrheitsmeinung der Unionsparteien, die Türkei sei ein anderer Kulturkreis und gehöre deswegen nicht in die Europäische Union, diskriminierend. Das trägt rassistische Züge." Kanzler Gerhard Schröder verspiele die Chance, die Deutsch-Türken zu SPD-Wählern zu machen, wenn er sich nicht endlich deutlicher für den türkischen EU-Beitritt stark mache. „Die türkische Community in der Bundesrepublik wartet schon zu lange darauf", sagt Keskin.

Frankfurter Rundschau, 06.11.2003
Deutscher Bundestag - Pressedokumentation